stimmt sind, gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 3 der Preisordnung Nr. 3000 I.

§ 7

Für neue Erzeugnisse sind von den Preisbildungsorganen — neben den Preisen nach dem Stand vom 1. Juli 1964 — auch Industrieabgabepreise nach dem Stand vom 30. Juni 1964 festzusetzen, sofern der Großhandel weiterhin zu Preisen nach dem Stand vom 30. Juni 1964 zu berechnen hat (siehe §§ 4 bis 6 der Preisordnung Nr. 3000 I).

III.

Kalkulationen für Erzeugnisse, die nicht unter den Geltungsbereich der neuen Preisordnungen fallen

§ 8

(1) Kalkulationen für Erzeugnisse, die nicht unter den Geltungsbereich der neuen Preisordnungen fallen (Erzeugnisse gemäß § 2 Abs. 2), sind aufzustellen unter Zugrundelegung

- a) der Preise für Grundmaterial (Fertigungsmaterial) nach dem Stand vom 31. März 1964 sowie — wenn die Bewertung des Grundmaterials (Fertigungsmaterials) zu Einstandspreisen erfolgt — der Bezugskosten nach dem Stand vom 31. März 1964,
- b) der Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten (Kalkulationselemente) in der in Preisordnungen bzw. Preisbewilligungen festgesetzten Höhe nach dem Stand vom 31. März 1964. — Die Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten nach dem Stand vom 31. März 1964 bleiben unverändert, auch wenn die Kosten für solche Erzeugnisse und Leistungen indirekt verrechnet werden, für die durch Preisordnungen der Industriepreisreform neue, gegenüber den Abnehmern wirksame Preise in Kraft gesetzt worden sind,
- c) der sonstigen Kalkulationselemente nach dem Stand vom 31. März 1964 einschließlich Gewinn sowie der Produktions- oder Dienstleistungsabgabe bzw. der Verbrauchsabgabe in jeweils gültiger Höhe.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 finden entsprechende Anwendung, wenn in Preisvorschriften festgelegt ist, daß die Preisangebote von den Betrieben auf der Grundlage der betriebsindividuellen Selbstkosten auszuarbeiten sind.

(3) Absätze 1 und 2 gelten auch für Kalkulationen, die von den Betrieben zum Zwecke der selbständigen Preisermittlung (Bildung von Kalkulationspreisen) aufgestellt werden.

§ 9

Preisangebote für Erzeugnisse, die unter den Geltungsbereich von Preisordnungen fallen, die durch die Preisordnung Nr. 3000 vom 1. Februar 1964 — Inkraftsetzung von Preisordnungen der Industriepreisreform — (GBl. II S. 135) in Kraft gesetzt wurden, sind nach den Bestimmungen des Abschnittes II der Preisordnung Nr. 3032 vom 18. Februar 1964 — Preisberechnung und Preiskalkulation nach Inkrafttreten von Preisordnungen der Industriepreisreform — (GBl. II S. 171) auszuarbeiten.

IV.

Sonstige Bestimmungen

§ 10

(1) Die in Preisordnungen festgesetzten Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten (Kalkulationselemente) bleiben weiterhin bestehen. Eine Erhöhung der von den Preisbildungsorganen in Preisbewilligungen festgesetzten Zuschlagssätze für indirekt zu

verrechnende Kosten darf nicht vorgenommen werden. Die Bestimmung des § 5 über die Bestätigung vorläufiger Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten findet Anwendung.

(2) Bestimmungen in Preisordnungen oder sonstigen preisrechtlichen Vorschriften, wonach in regelmäßigen Zeitabständen (z. B. jährlich) von den Betrieben Antrag auf Festsetzung der Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten (Kalkulationselemente) zu stellen ist, finden bis auf weiteres keine Anwendung.

(3) Abs. 2 gilt entsprechend für Anträge auf Erteilung eines Preiskarteiblattes „Z“ nach der Anordnung vom 22. Februar 1955 über das Preisangebotsverfahren der privaten Industriebetriebe (GBl. II S. 90).

(4) Veränderungen der Bemessungsbasis der Zuschlagssätze für indirekt zu verrechnende Kosten (z. B. durch Einbeziehung bisher indirekt verrechneter Kosten in die Bemessungsbasis der Zuschlagssätze) sind nicht zulässig.

§ 11

Die Bestimmungen der §§ 3 bis 10 gelten entsprechend auch für Leistungen.

§ 12

Diese Preisordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Mai 1964

**Die Regierungskommission
für Preise
beim Ministerrat der
Deutschen Demokratischen
Republik**

Der Vorsitzende
R u m p f
Minister der Finanzen

**Der Vorsitzende
des Volkswirtschaftsrates
der Deutschen
Demokratischen Republik**

I. V.: W i t t i k
Minister
und Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden

Anordnung Nr. 10*

über die Umbewertung der Bestände an Erzeugnissen, für die neue Preise in Kraft treten.

— Aufnahme und Umbewertung der Bestände sowie Regulierung der Umbewertungsdifferenzen in der volkseigenen Wirtschaft per 1. Juli 1964 —

Vom 25. Mai 1964

§ 1

Geltungsbereich

Diese Anordnung gilt für

- a) Vereinigungen Volkseigener Betriebe,
- b) volkseigene Produktions- und Dienstleistungsbetriebe,
- c) volkseigene Betriebe der Landwirtschaft,
- d) volkseigene Binnengroßhandelsbetriebe und Betriebe des Außenhandels.

§ 2

Aufnahme der Bestände

(1) Die im § 1 bezeichneten Betriebe haben die Bestände* an Erzeugnissen (Grund- und Hilfsmaterial, unvollendete Produktion, Fertigerzeugnisse sowie Handelsware), für die gemäß Preisordnung Nr. 3000/1 vom 25. Mai 1964 — Inkraftsetzung von Preisordnungen der Industriepreisreform — (GBl. II S. 345) neue Preise in Kraft treten,

per 1. Juli 1964, 0,00 Uhi, aufzunehmen und umzubewerten (Stichtag), sofern gemäß Anlage eine Aufnahme und Umbewertung vorzunehmen ist.

* Anordnung Nr. 9 (GBl. II 1964 Nr. 24 S. 212)